

Föderalismus, Dezentralität und Wirtschaftswachstum

Von Lars P. Feld*, Horst Zimmermann* und Thomas Döring*

Zusammenfassung: Die Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen eines föderativen Staates kann sich erheblich auf das Wirtschaftswachstum auswirken, da es insbesondere die Regionen eines Landes sind, die zu seiner gesamten wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Dies legt einen regionalen Zuschnitt der staatlichen Wirtschaftspolitik nahe. Aus ökonomischer Sicht wird in der theoretischen Diskussion hingegen vornehmlich auf die Effizienzaspekte einer dezentralen Bereitstellung und die Finanzierung öffentlicher Leistungen abgehoben. Selten findet sich das Argument, dass Dezentralität oder Föderalismus – vermittelt über eine höhere Innovations- und Reformfähigkeit des politischen Systems – zu einer Steigerung des Wachstums führen. Nach einer Diskussion der theoretischen Überlegungen zu Föderalismus und Wachstum wenden wir uns in diesem Beitrag der empirischen Frage zu, welche Bedeutung die Zuordnung von Entscheidungskompetenzen und die institutionelle Ausgestaltung des fiskalischen Föderalismus für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes haben. Auf Basis der bisher existierenden theoretischen und empirischen Studien zu Wirtschaftswachstum und Föderalismus werden offene Fragen und mögliche Ansätze zu ihrer Beantwortung formuliert.

Summary: The assignment of competencies in a federal state can have a strong impact on economic growth, because the regions of a country particularly contribute to its total economic development. Hence, public policy should be tailored to regional needs. Public economists however mainly focus on the efficiency of decentralized public goods provision and financing; seldom arguments concerning political innovation due to a decentralized experimentation of policies and its impact on economic growth are considered. After a discussion of theoretical arguments on federalism and economic growth, the empirical question is addressed in this paper whether the assignment of autonomy and the institutional design of fiscal federalism influence economic development of a country. On this basis, open question and potential routes of research are formulated.

1 Die Problemstellung oder: Von der Dominanz der Effizienzaspekte zur Wachstumsorientierung in der Föderalismusforschung

Die neuere Forschung zu den Auswirkungen des fiskalischen Föderalismus beschäftigt sich bisher vornehmlich mit den Allokations- und Verteilungswirkungen eines dezentralen Staatsaufbaus (Richter 1994, Wellisch 2000). Im Mittelpunkt der Allokationsbetrachtung steht dabei, inwiefern die dezentrale Bereitstellung und Finanzierung staatlicher Leistungen zu räumlichen und fiskalischen externen Effekten führt, die sich auf Niveau und Qualität öffentlicher Leistungen in anderen Gebietskörperschaften auswirken (Feld 2000, Feld und

* Philipps-Universität Marburg, Abteilung für Finanzwissenschaft, Am Plan 2, 35037 Marburg (Lahn), E-Mail: feld@wiwi.uni-marburg.de, zimmermann@wiwi.uni-marburg.de, doering@wiwi.uni-marburg.de

Kirchgässner 2001, Feld und Schneider 2002). Ob solche externen Effekte, deren Existenz zweifelsohne plausibel ist, tatsächlich zu merklichen Effizienzverlusten führen, wird intensiv diskutiert (Wilson 1999, Wilson und Wildasin 2003). Ein abschließendes Urteil über die Effizienz des Föderalismus ist derzeit jedoch nicht in Sicht. Zusätzlich kompliziert wird die Frage der Effizienz des fiskalischen Föderalismus, wenn politökonomische Argumente berücksichtigt werden. Eine negative Einschätzung der Auswirkungen dezentraler Finanzierung und Bereitstellung öffentlicher Leistungen lässt sich allenfalls für den Fall rechtfertigen, dass der Staat das tut, was er aus ökonomischer Perspektive tun soll, nämlich Marktversagen korrigieren. Tritt hingegen Staatsversagen in dem Sinne auf, dass der öffentliche Sektor aufgrund eines ungenügenden politischen Wettbewerbs zwischen Parteien oder Interessengruppen zu groß geworden ist, dann entfaltet fiskalischer Wettbewerb eine wohltuende Wirkung, weil er die staatlichen Akteure in ihrem Tun beschränkt (Besley und Coate 2000).

Aus diesen kontroversen theoretischen Argumenten ergibt sich letztlich kein eindeutiges Petition für oder gegen denkbare Zuteilungen von fiskalischen Kompetenzen im Föderalstaat. Es ist daher notwendig, die konkurrierenden Hypothesen empirisch zu überprüfen. Als erschwerend erweist sich dabei allerdings, dass volkswirtschaftliche Effizienz in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen empirisch kaum feststellbar ist. Öffentliche Leistungen gelten dann als effizient bereitgestellt, wenn die zusätzlichen Kosten der Bereitstellung der Summe der zusätzlichen Wertschätzungen der Konsumenten entsprechen. Individuelle Wertschätzungen für öffentliche Leistungen zu ermitteln ist jedoch nicht einfach, da die Individuen bei Befragungen einen Anreiz haben, ihre tatsächliche Zahlungsbereitschaft zu untertreiben (vgl. die Literaturübersicht in Feld 2000). Alternativ lässt sich die relative Vorteilhaftigkeit unterschiedlicher föderaler Arrangements durch ihren Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung feststellen, soweit diese vor allem durch die regional gegebenen Wachstumsbedingungen bestimmt wird. Danach ist zu vermuten, dass die Zuteilung von Entscheidungskompetenzen auf die verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen eines Staates das Wirtschaftswachstum beeinflussen kann. In einem Übersichtsaufsatz erwähnt Oates (1999) jedoch nur wenige Bezüge zum Zusammenhang von Wachstum und föderativem Staatsaufbau.

In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere die empirische Frage, welche Bedeutung der Zuordnung von Entscheidungskompetenzen im Föderalstaat für das Wachstum tatsächlich zukommt. Hier kann man sich auf zwei Wegen nähern:

1. Man kann einerseits fragen, ob es für die wirtschaftliche Entwicklung und den Strukturwandel einer Volkswirtschaft vorteilhaft ist, wenn der Gesamtstaat föderal oder unitarisch verfasst ist. Die hierbei eingenommene Perspektive ist diejenige des Nationalstaates. Gefragt wird nach der Rolle der nachgeordneten Gebietskörperschaften für die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land.
2. Andererseits ist aber auch zu klären, welche Ausgestaltung der innerstaatlichen Arrangements relativ vorteilhafter für die regionale Entwicklung ist. Es kann dann etwa danach gefragt werden, wie sich ein stark egalitärer Finanzausgleich auf das Wirtschaftswachstum der Regionen auswirkt, wie bedeutsam eigene Entscheidungskompetenzen in der Steuer- und Ausgabenpolitik sind oder inwieweit die Zersplitterung von Agglomerationen in kleine lokale Gebietskörperschaften eher positiv oder negativ für die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten ist.

In diesem Beitrag werden beide Wege verfolgt, also sowohl die Vorteilhaftigkeit des Föderalismus im Vergleich zum Unitarismus einzuschätzen versucht als auch eine Analyse der verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten föderaler Arrangements vorgenommen. Diese Einschätzung erfolgt zunächst auf Basis der theoretischen Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen und regionalen Entwicklung (Abschnitt 2). Erste empirische Ergebnisse zur Rolle regionaler Entscheidungskompetenzen und föderaler Arrangements liegen bereits vor, bedürfen aber einer Reihe von Ergänzungen (Abschnitt 3). In Abschnitt 4 werden die Defizite dieser Analysen verdeutlicht, bevor in Abschnitt 5 ein Ausblick auf mögliche weiterführende Strategien in diesem Bereich der ökonomischen Föderalismusforschung gewagt wird.

2 **Wirtschaftsentwicklung, Innovation und Föderalismus: Theoretische Ansätze**

Es gibt evidente Unterschiede in der Wachstumsentwicklung zwischen den Regionen eines Landes, seien es beispielsweise die Bundesländer in Deutschland oder die Kantone in der Schweiz. Damit stellt sich die Frage, woher diese Unterschiede kommen und welche Auswirkungen sie auf das Wirtschaftswachstum eines Landes haben. Von den oben genannten Betrachtungsperspektiven wird dabei zunächst der zweite Weg eingehender diskutiert.

2.1 Föderalismus und die Neue Regionalökonomie

Die Bestimmungsgründe regionalen Wachstums werden heutzutage auf Basis von Ansätzen zur raumdifferenzierenden Wirkung von Wachstumsprozessen untersucht. Wichtige Beiträge in diesem Untersuchungsfeld entstammen der *New Economic Geography*, die eine Erklärung für Wachstumsunterschiede zwischen den Regionen eines Landes liefert (Krugman 1991, 1999). Im Mittelpunkt der Analysen steht dabei der Versuch, die Entstehung wirtschaftlicher Konzentration bzw. räumlicher Spezialisierungsmuster zu endogenisieren, indem die Größe von Märkten durch die Einbeziehung von (partieller) Mobilität der Produktionsfaktoren und Unternehmen zu einer erklärten Größe wird. Darüber hinaus zählt die Berücksichtigung von Transportkosten und Skalenerträgen zu den charakteristischen Modellmerkmalen, denen eine zentrale Bedeutung bei der Analyse von zentrifugal und zentripetal wirkenden Kräften und somit der Entstehung von Zentrum-Peripherie-Strukturen zukommt (vgl. Fujita et al. 2000, Ottaviano und Thisse 2003). Bezogen auf die einfachste Variante solcher Modelle gelten Marktgrößeneffekte (backward und forward linkages) als wichtigste zentripetale und Marktüberfüllung als wichtigste zentrifugale Kraft. Darüber hinaus liefern diese Modelle einen Anhaltspunkt dafür, warum das gesamtwirtschaftliche Wachstum sich erfahrungsgemäß nicht zu mehr oder weniger gleichen Teilen auf die Gesamtheit einer bestehenden Zahl von Regionen verteilt, sondern überwiegend in Ballungsgebieten generiert wird (Zimmermann 2002).

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Überlegungen kann danach gefragt werden, in welcher Weise unterschiedliche institutionelle Ausgestaltungen des Föderalismus auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes und seiner Regionen Einfluss nehmen. Folgt man den jüngsten Ergebnissen von Rodrik, Subramanian und Trebbi (2002) zu den Bestimmungsfaktoren der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung, so liegt die Vermutung nahe, dass rechtliche und politische Institutionen die Wachstumsentwicklung eines

Landes wesentlich bestimmen. Die föderalistische oder unitarische Ausgestaltung des Staatsaufbaus sowie die Zuordnung von Entscheidungskompetenzen im Föderalstaat bilden einen bedeutsamen Bestandteil dieser Institutionen. So ist vorstellbar, dass dezentrale staatliche Lösungen einen stärkeren Zuschnitt auf die wirtschaftspolitischen Erfordernisse in Ballungsräumen ermöglichen. Agglomerationsprozesse können so möglicherweise (etwa in Form gezielter Investitionen in öffentliche Infrastruktur oder in Humanvermögen) sinnvoll unterstützt werden.

2.2 Föderalismus und Dezentralität als wissensgenerierender Prozess

Die Frage nach dem Einfluss des Föderalismus auf die wirtschaftliche Entwicklung lässt sich aber noch etwas genauer fassen: Welche Rolle kommt insbesondere der föderalen Finanzverfassung und auch der Möglichkeit fiskalischen Wettbewerbs bei der Unterstützung regionaler Entwicklungsprozesse zu? Die Tieboutsche Metapher (1956) eines „voting by feet“ legt es nahe, von der heilsamen Wirkung des Wettbewerbs auszugehen, die sich vornehmlich in einer dynamischen Wirtschaft entfaltet. Neue staatliche Lösungen für wirtschaftliche Probleme können dezentral erprobt werden. Die erfolgreichen Lösungsansätze setzen sich durch, weil sie von anderen Gebietskörperschaften imitiert werden. Föderalismus oder Dezentralität führen zu einer höheren Innovationsfähigkeit des politischen Systems. Oates (1999) spricht in diesem Zusammenhang daher von „laboratory federalism“. Man könnte sich durchaus vorstellen, dass dieser Wettbewerb die Regionen dazu anhält, günstige Rahmenbedingungen zur Ausnutzung von Agglomerationsvorteilen zu schaffen und Agglomerationsnachteile aufzufangen (Zimmermann 1990).

In ähnlicher Weise hebt Weingast (1995) die Vorteile eines „market-preserving federalism“ hervor, wobei er im Wettbewerbsföderalismus eine Chance sieht, das Ausmaß staatlicher Eingriffe zu beschränken und damit die Effizienz eines marktwirtschaftlichen Systems zu erhalten. Dieser Wettbewerb erscheint insbesondere dann sinnvoll, wenn Finanzverfassungen keinen zuverlässigen Schutz vor einer übermäßigen Besteuerung bieten (Schnellenbach 2003). Ähnliche Folgerungen lassen sich auch aus der politökonomischen Analyse von Brennan und Buchanan (1980) ziehen. Genauere Überlegungen über die Wachstumswirkungen des Föderalismus bleibt Weingast jedoch schuldig. Rodden und Rose-Ackerman (1997) bezweifeln daher auch diese einfache Sicht der Dinge. Sie verweisen darauf, dass sich die Regierungen nachgeordneter Gebietskörperschaften statt an den Interessen mobiler Investoren an der Nachfrage lokaler Verteilungskonkurrenzen ausrichten können und diese möglicherweise durch protektionistische Maßnahmen vor Wettbewerb von außen schützen. Ob Föderalismus marktgerechte oder protektionistische Politiken hervorbringt, hängt demnach von den sonstigen institutionellen Rahmenbedingungen ab.

Die höhere Innovationsfähigkeit eines föderalen gegenüber einem unitarischen System als eine mögliche Erklärung für Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung von Staaten ist nicht unumstritten. In einem dezentralisierten System ziehen die Bürger bei ihrer Wahlentscheidung die Leistungen der Regierungen in anderen Gebietskörperschaften als Vergleichsmaßstab heran („yardstick competition“ nach Salmon 1987, Besley und Case 1995, Feld, Josselin und Rocaboy 2003). Eine Regierung wird danach wiedergewählt, wenn sie im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften zumindest keine schlechteren Leistungen vorzuweisen hat. Sie stellt sich daher besser, wenn sie zunächst abwartet, welche Politik sich in anderen Gebietskörperschaften als relativ erfolgreich erweist, um diese dann zu

imitieren. Dadurch sinkt jedoch das Ausmaß der absoluten Politikinnovationen in einem föderalen Staat. Strumpf (2002) zeigt, dass dieses Trittbrettfahrerverhalten stark von der Homogenität und der Anzahl der Gebietskörperschaften abhängt. Heterogene Gebietskörperschaften betätigen sich in geringerem Maße als Trittbrettfahrer, weil es sich für sie lohnt, für sich maßgeschneiderte Politikinnovationen durchzuführen. Kotsogiannis und Schwager (2001) weisen darauf hin, dass Politikinnovationen im föderalen Staat eigennützigen Politikern die Möglichkeit bieten, sich persönliche Vorteile zu verschaffen und diese als Resultat der Unsicherheit von Politikinnovationen herauszustellen.

Auch Politologen und Soziologen, die sich bereits seit einiger Zeit mit der Beschreibung und Erklärung von politischen und gesellschaftlichen Innovationen in föderalen Systemen beschäftigen (Walker 1969, Gray 1973, Berry und Berry 1990, Nice 1994), sind sich nicht darüber einig, inwiefern Föderalismus Politikinnovationen begünstigt. So arbeitet Mayntz (1995) den Wissensfortschritt heraus, der durch paralleles Experimentieren erzielbar ist. Diese generelle Zuschreibung wird jedoch von Scharpf, Reissert und Schnabel (1976) und Scharpf (1988) infrage gestellt: Neben das Problem der vertikalen Aufgabenverteilung tritt in der speziellen Form des deutschen „kooperativen“ Föderalismus nämlich das der vertikalen und horizontalen Koordination. In seinen Arbeiten zur Politikverflechtung in Deutschland behauptet Scharpf, dass die Problemlösungsfähigkeit des kooperativen Föderalismus chronisch suboptimal ist, so dass erhebliche Abstriche bei dessen Innovationsfähigkeit zu machen sind.

Dieser Befund stellt ein bedeutsames Argument gegen diese Ausprägung des deutschen Föderalismus dar. So machen manche Autoren (vgl. etwa Blankart und Mueller 2002) den Bundesrat für den Reformstau in Deutschland mitverantwortlich. Berücksichtigt man die gegenwärtige deutsche Wachstumsschwäche, die zu einem erheblichen Teil auf die Innovationsunfähigkeit des politischen Systems zurückgehen dürfte, wird die Wichtigkeit politischer Innovationen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eines Landes offenbar. Die Diskussion in diesem Abschnitt verdeutlicht aber auch, dass der Zusammenhang zwischen Föderalismus und Wachstum vielschichtig ist und es sinnvoll erscheinen lässt, die genauere Ausgestaltung eines föderativen Systems zu betrachten.

2.3 Föderalismus und regionale Konvergenz

Dies lässt sich noch anhand eines weiteren Forschungsstrangs verdeutlichen. Häufig wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion behauptet, ein fiskalischer Föderalismus mit weit gehenden Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen der nachgeordneten Gebietskörperschaften führe dazu, dass arme Regionen ärmer und reiche Regionen reicher werden (vgl. dazu die Diskussion in Feld 2002, Feld und Kirchgässner 2003 sowie in Thierstein et al. 2003). Je mehr gute Steuerzahler sich in einer Region befänden, desto niedriger sei die Steuerbelastung dort. Arme Regionen müssten hingegen hohe Steuern erheben, um ihre öffentlichen Leistungen finanzieren zu können. Treten diese Gebietskörperschaften in fiskalischen Wettbewerb, würden die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen verfestigt oder gar verstärkt. Daher solle der fiskalische Wettbewerb durch eine Harmonisierung oder Zentralisierung der fiskalischen Instrumente ausgeschaltet und durch Finanztransfers zum Ausgleich regionaler Finanzkraft ergänzt werden.

Kind, Knarvik und Schjelderup (2000), Ludema und Wooton (2000), Baldwin und Krugman (2000) sowie Brakman, Garretsen und Van Marrewijk (2003) analysieren die Auswirkungen des fiskalischen Wettbewerbs auf die wirtschaftliche Entwicklung von zentralen und peripheren Regionen, wobei insbesondere die drei letztgenannten Autorenteams ausdrücklich die Perspektive der New Economic Geography einnehmen. Übergreifend können die Untersuchungsergebnisse dabei wie folgt interpretiert werden: Die Agglomerationsvorteile in den wirtschaftlichen Zentren ermöglichen es diesen, höhere Steuern als die peripheren Regionen zu erheben. Die peripheren Regionen haben kaum eine Alternative zum Ausgleich ihrer Standortnachteile als die Steuerpolitik und die öffentlichen Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Sie müssen durch ein geeignetes Bündel von Steuerbelastung und öffentlichen Leistungen versuchen, Unternehmen anzuziehen. Eine Einschränkung des fiskalischen Wettbewerbs würde die peripheren Regionen der wenigen Instrumente zur (wenigstens teilweisen) Kompensation ihrer Standortnachteile gegenüber den zentralen Regionen berauben und wäre daher eher schädlich für die regionale Wirtschaftsentwicklung.

Jenseits dessen stellt sich die Frage, ob Finanztransfers im Sinne eines Finanzausgleichs regionalen Entwicklungsprozessen aufhelfen können. Für Agglomerationsbildungen und damit auch das regionale Wirtschaftswachstum sind aus Sicht neuerer Wachstumstheorien der Faktor Wissen und das Vorliegen von Wissens-Spillovers von erheblicher Bedeutung. Döring (2002, 2003) untersucht die sich daraus ergebenden Implikationen für die Gestaltung der vertikalen und horizontalen Finanzausgleichsbeziehungen. Danach spricht vieles für eine (stärkere) Dezentralisierung wachstums- und regionalpolitischer Kompetenzen. Mit Blick auf die horizontale Dimension des Finanzausgleichs sorgt die Einsicht in das Zusammenspiel aus räumlich begrenzten Wissensexternalitäten und daraus resultierenden regionalen Wachstumspolen für einen Legitimationszwang wachstumspolitisch motivierter interregionaler Transferzahlungen.

3 Die Ergebnisse bisheriger empirischer Arbeiten

Diese vereinzelt vorliegenden theoretischen Ergebnisse lassen keine eindeutigen Aussagen über den Zusammenhang zwischen fiskalischem Föderalismus und wirtschaftlicher Entwicklung zu. Bisher widersprechen sie aber auch nicht der Hypothese, dass weit gehende Besteuerungs- und Ausgabenkompetenzen auf der Ebene nachgeordneter Gebietskörperschaften eher vorteilhaft für das Wirtschaftswachstum sind: Unter den weltweit wenigen föderativ aufgebauten Staaten dominieren Hoheinkommensländer (vgl. dazu Dillinger 1994). Außerdem wurde schon seit längerem beobachtet, dass sich in heutigen Entwicklungsländern auffällig wenige Elemente eines föderativen Staatsaufbaus finden. Die Zusammenhänge zwischen Föderalismus und wirtschaftlicher Entwicklung sind bisher jedoch kaum auf systematische Weise empirisch untersucht worden.

Die Autoren der wenigen Studien zum Zusammenhang zwischen Föderalismus und wirtschaftlicher Entwicklung kommen in der Tat zu ganz gegenteiligen Aussagen (Tabelle 1). Davoodi und Zou (1998) finden etwa für eine Stichprobe von 46 Ländern im Zeitraum 1970 bis 1989 insgesamt einen schwach signifikant negativen Zusammenhang zwischen dem Grad des fiskalischen Föderalismus und der durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf. Dieser Effekt ist für die Teilstichprobe der entwickelten Länder nicht signifikant. Der negative Einfluss ist für Entwicklungsländer hingegen

Tabelle 1

Empirische Studien zum Einfluss von fiskalischer Dezentralisierung oder Föderalismus auf das Wirtschaftswachstum in Cross-Country-Studien

Studie	Gebietskörperschaften	Periode	Methode	Hauptergebnisse
Davoodi und Zou (1998)	46 Entwicklungs- und entwickelte Länder	1970 bis 1989, Fünf- und Zehnjahres-durchschnitte	Fixed-Effects-Modell, Time Dummies, Unbalanced Panel	10 % höhere Ausgaben-dezentralisierung reduziert Wachstum des realen BIP pro Kopf in Entwicklungsländern um 0,7 bis 0,8 Prozentpunkte (10%-Signifikanzniveau).
Woller und Philipps (1998)	23 Entwicklungsländer	1974 bis 1991, Drei- und Fünfjahres-durchschnitte und jährliche Daten	Fixed-Effects-Modell, OLS	Kein robust signifikanter Einfluss von Ausgaben und Einnahmendezentralisierung auf das Wachstum des realen BIP pro Kopf.
Yilmaz (2000)	17 unitarische Staaten, 13 Föderalstaaten, Schwellen- und entwickelte Länder	1971 bis 1990, jährliche Daten	Fixed-Effects-Modelle, Time Dummies, GLS	Dezentralisierung der Ausgaben auf die lokale Ebene erhöht das Wachstum des realen BIP pro Kopf stärker als in föderalen Staaten. Dezentralisierung auf die Regionalebene ist nicht signifikant.
Enikolopov und Zhuravskaya (2003)	21 entwickelte und 70 Entwicklungs- und Transitionsländer	Querschnitt des Durchschnitts von 1975 bis 2000	OLS, 2 SLS	10 % höhere Einnahmendezentralisierung reduziert Wachstum des realen BIP pro Kopf in Entwicklungsländern um 0,14 Prozentpunkte (5%-Signifikanzniveau).
Thießen (2003)	21 entwickelte Länder	Querschnitt des Durchschnitts von 1973 bis 1998	OLS	Ausgabendezentralisierung um 1 % erhöht das Wachstum des realen BIP pro Kopf um 0,15 Prozentpunkte (5%-Signifikanzniveau), quadratischer Term ist signifikant negativ.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

robust negativ, wenn auch nur schwach signifikant. Nach diesen Schätzungen reduziert eine um 10 % höhere Ausgabendezentralisierung das Wachstum des realen BIP pro Kopf in Entwicklungsländern um 0,7 bis 0,8 Prozentpunkte. Woller und Philipps (1998) finden keinen robusten Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Dezentralisierung für eine Stichprobe mit einer geringeren Zahl von Entwicklungsländern und einen kürzeren Zeitraum. Zudem untersuchen sie neben den durchschnittlichen Wachstumsraten für fünf Jahre die jährlichen Wachstumsraten im Panel. Beide Studien verwenden Fixed-Effects-Modelle. Zeitliche Entwicklungen werden von Woller und Philipps im Unterschied zu Davoodi und Zou durch Trendvariablen berücksichtigt.

In einer aktuellen Untersuchung zeigen Enikolopov und Zhuravskaya (2003) für das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der vergangenen 25 Jahre im Querschnitt von 91 Ländern unter Berücksichtigung institutioneller Aspekte, dass die Auswirkungen fiskalischer Dezentralität in starkem Maße sowohl von der Struktur des Parteiensystems als auch vom „Subordinationsgrad“ nachgeordneter Gebietskörperschaften abhängen. Danach begüns-

tigt insbesondere in Entwicklungs- und Transitionsländern das Alter der wichtigsten politischen Parteien die positiven Effekte einer Dezentralisierung auf das wirtschaftliche Wachstum. In Ländern mit einem in dieser Hinsicht schwächeren Parteiensystem (d. h. jüngeren Parteien) reduziert eine um 10 % höhere Einnahmendezentralisierung das Wachstum des realen BIP pro Kopf in Entwicklungsländern um 0,14 Prozentpunkte. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu denjenigen von Martinez-Vazquez und McNab (2002), wonach die Einnahmendezentralisierung das Wachstum des realen BIP pro Kopf der entwickelten Länder, aber nicht der Entwicklungs- und Transitionsländer signifikant reduziert. Yilmaz (2000) untersucht die unterschiedlichen Auswirkungen fiskalischer Dezentralisierung in 17 unitarischen und 13 Föderalstaaten im Zeitraum 1971 bis 1990 mit jährlichen Daten. Danach erhöht die Dezentralisierung der Ausgaben auf die lokale Ebene das Wachstum des realen BIP pro Kopf in unitarischen Staaten stärker als in föderalen Staaten. Die Dezentralisierung auf die Regionalebene in föderalen Staaten ist hingegen nicht signifikant. Thießen (2003) untersucht ähnlich wie Enikolopov und Zhuravskaya (2003) die durchschnittlichen Wachstumsraten des realen BIP pro Kopf im Zeitraum 1973 bis 1998 für einen Querschnitt der 21 entwickelten Länder. Nach seinen Schätzergebnissen erhöht eine um 10 % höhere Ausgabendezentralisierung das Wachstum des realen BIP pro Kopf um 0,15 Prozentpunkte in Hoheinkommensländern. Der Zusammenhang zwischen Föderalismus und Wirtschaftswachstum könnte jedoch nichtlinear sein, da der quadratische Term der Ausgabendezentralisierung signifikant negativ ist.

Nur geringfügig einheitlicher scheinen sich die empirischen Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Dezentralisierung und Wirtschaftswachstum für einzelne Länder darzustellen. Bisher beschränkt sich diese Diskussion auf China, die USA und Deutschland (vgl. Tabelle 2). Zhang und Zou (1998) stellen einen signifikant negativen Effekt der Ausgabendezentralisierung auf das Wirtschaftswachstum für 28 chinesische Provinzen mit jährlichen Daten im Zeitraum 1987 bis 1993 fest. Jin, Qian und Weingast (1999) berichten hingegen einen schwach signifikant positiven Einfluss der Ausgabendezentralisierung auf das Wirtschaftswachstum für nahezu die gleiche Stichprobe chinesischer Provinzen. Der bedeutendste Unterschied zwischen beiden Studien dürfte, neben den geringfügigeren Unterschieden in den verwendeten erklärenden Variablen, darin zu finden sein, dass Zhang und Zou keine Hilfsvariablen über die Zeit verwenden. Damit werden jedoch die symmetrischen positiven und negativen konjunkturellen Schocks in China im Vergleich zu Jin et al. unzureichend erfasst. Qiao, Martinez-Vazquez und Xu (2002) erhalten sogar ähnliche positive Wachstumsergebnisse für die Ausgabendezentralisierung ohne jegliche fixe Effekte.

Lin und Liu (2000) bestätigen das Ergebnis eines positiven Zusammenhangs von Dezentralisierung und Wirtschaftswachstum der chinesischen Provinzen für den Zeitraum 1970 bis 1993 für die Einnahmenseite. Daneben ist eine erhöhte Verantwortlichkeit für die öffentlichen Haushalte auf Provinzebene mit mehr Wirtschaftswachstum verbunden. Auch diese Autoren verwenden Zeitdummies zusätzlich zu den fixen Querschnittseffekten. Die Bedeutsamkeit der Verwendung von Zeitdummies für das Schätzergebnis deutet auf die hohe wirtschaftliche Dynamik Chinas hin, die sich offenbar nicht durch strukturelle Variablen hinreichend erfassen lässt, so dass Hilfsvariablen für die einzelnen Jahre für die Spezifikation des Modells notwendig sind. Ihre Vernachlässigung durch Zhang und Zou muss daher als Fehlspezifikation des Modells interpretiert werden. Für China ergibt sich somit ein positiver Zusammenhang zwischen Dezentralisierung der Staatstätigkeit und Wirtschaftswachstum.

Tabelle 2

Empirische Studien zum Einfluss von fiskalischer Dezentralisierung oder Föderalismus auf das Wirtschaftswachstum in China, den USA und Deutschland

Studie	Gebietskörperschaften	Periode	Methode	Hauptergebnisse
Zhang und Zou (1998)	28 chinesische Provinzen	1987 bis 1993, jährliche Daten	Fixed-Effects-Modelle ohne Zeitdummies	Dezentralisierung der Ausgaben auf die Provinzen reduziert das Wachstum des realen BIP pro Kopf.
Jin, Qian und Weingast (1999)	29 chinesische Provinzen	1982 bis 1992, jährliche Daten	Fixed-Effects-Modelle, Time Dummies	Ausgabendezentralisierung um 10 % erhöht das Wachstum des realen BIP pro Kopf um 1,6 Prozentpunkte (10%-Signifikanzniveau).
Lin und Liu (2000)	28 chinesische Provinzen	1970 bis 1993, jährliche Daten	Fixed-Effects-Modell, Time Dummies	Einnahmendezentralisierung um 10 % erhöht das Wachstum des realen BIP pro Kopf um 2,7 Prozentpunkte (5%-Signifikanzniveau).
Qiao, Martinez-Vazquez und Xu (2002)	28 chinesische Provinzen	1985 bis 1998	2 SLS mit gepoolten Daten	Ausgabendezentralisierung erhöht das Wachstum des nominalen BIP pro Kopf signifikant (5%-Signifikanzniveau).
Xie, Zou und Davoodi (1999)	Zentrale Ebene in den USA	1951 bis 1992	Zeitreihenanalyse, OLS	Kein signifikanter Zusammenhang zwischen Ausgabendezentralisierung und Wachstum des realen BIP pro Kopf.
Akai und Sakata (2002)	50 US-Bundesstaaten	1992 bis 1996, Querschnitt des Durchschnitts, Panel mit jährlichen Daten	OLS und Fixed-Effects-Modell, Time Dummies	Ausgabendezentralisierung um 10 % erhöht das Wachstum des BIP pro Kopf um 1,6 bis 3,2 Prozentpunkte (robuste 10%-Signifikanzniveau).
Berthold, Drews und Thode (2001)	16 Bundesländer	1991 bis 1998	Fixed-Effects-Modell ohne Zeitdummies	Höhere Leistungen im horizontalen und vertikalen Finanzausgleich reduzieren das Wachstum des nominalen BIP pro Kopf signifikant.
Behnisch, Büttner und Stegarescu (2002)	Zentrale Ebene in Deutschland	1950 bis 1990	Zeitreihenanalyse	Erhöhung des Ausgabenanteils des Bundes an den gesamten Ausgaben hat einen positiven Einfluss auf das deutsche Produktivitätswachstum.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

In einer Zeitreihenanalyse für die gesamtstaatliche Ebene der USA von 1951 bis 1992 behaupten Xie, Zou und Davoodi (1999), dass sich die USA in einem Dezentralisierungsgleichgewicht befinden. Sie führen dies darauf zurück, dass sich Unterschiede in der Dezentralisierung auf die Ebene der Bundesstaaten oder der lokalen Gebietskörperschaften nicht signifikant auf das Wachstum des realen BIP pro Kopf auswirken. Akai und Sakata (2002) liefern für die US-Bundesstaaten hingegen die gegenteilige Evidenz. Unter Berücksichtigung weiterer Erklärungsfaktoren und verschiedener Indikatoren für das Ausmaß des

fiskalischen Föderalismus stellt sich dessen positiver Einfluss auf das Wirtschaftswachstum heraus. Steigt die Ausgabendezentralisierung um 10%, so erhöht sich das Wachstum des BIP pro Kopf um 1,6 bis 3,2 Prozentpunkte. Die Dezentralisierung auf der Einnahmenseite und Indikatoren für die Finanzautonomie nachgeordneter Gebietskörperschaften, gemessen durch den Anteil der eigenen Einnahmen an den Gesamteinnahmen, haben hingegen keinen signifikanten Einfluss.

Auch für Deutschland liegen mittlerweile zwei Studien vor. Berthold, Drews und Thode (2001) analysieren die Auswirkungen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen auf die regionale Wirtschaftsentwicklung der 16 Bundesländer in einer Panelanalyse mit jährlichen Daten für den Zeitraum 1991 bis 1998. Nach ihren Schätzungen reduzieren höhere Leistungen im horizontalen und vertikalen Finanzausgleich das Wachstum des nominalen BIP pro Kopf der Länder signifikant. Behnisch, Büttner und Stegarescu (2002) finden hingegen einen positiven Einfluss einer Ausweitung der Bundesaktivitäten gemessen am Ausgabenanteil der Bundesebene auf das deutsche Produktivitätswachstum in einer Zeitreihenanalyse von 1950 bis 1990. Weitere empirische Untersuchungen zum Zusammenhang von fiskalischem Föderalismus und wirtschaftlicher Entwicklung stehen bisher noch aus.

4 **Eine Diskussion der bisherigen theoretischen und ökonometrischen Analysen**

Der Überblick über die theoretische und empirische Literatur zum Zusammenhang zwischen Föderalismus und Wachstum scheint auf den ersten Blick darauf hinzudeuten, dass sich entgegen den theoretischen Begründungen ein solcher Zusammenhang empirisch nicht eindeutig nachweisen lässt. Auf den zweiten Blick verdeutlichen die bisher vorliegenden Analysen jedoch die Notwendigkeit einer systematischeren Herangehensweise über eine stärkere Verzahnung von Theorie und Empirie. Die vorliegenden empirischen Studien gehen entweder von der politischen Diskussion, einer Diskussion der Effizienzaspekte des fiskalischen Föderalismus oder von endogenen Wachstumsmodellen aus, bei denen jedoch eine mikroökonomische Fundierung ausgeblendet wird. Sinnvoll erscheint es hierbei jedoch, die Transmissionsmechanismen für den Einfluss fiskalischer Dezentralisierung zu unterscheiden.

Gemäß den Überlegungen in Abschnitt 2 könnte Föderalismus über die Beeinflussung regionaler Agglomerationsprozesse wirken. Dies erfolgt etwa über eine gezielte Förderung der regionalen Infrastruktur, über die auf regionale Bedürfnisse zugeschnittenen Investitionen in Humankapital oder durch geeignete Setzung von Rahmenbedingungen auf dezentraler Ebene. Dabei kann es sich um ein Bündel von Regulierungen, Deregulierungen, administrativen Prozessen oder geeignete Steuerpreise für öffentliche Leistungen handeln. Dieses Bündel ist wesentlich durch die Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften beeinflusst, wobei die Steuerautonomie von besonderer Bedeutung sein könnte. Eine wichtige Rolle für die regionale wirtschaftliche Entwicklung spielt zudem die Fähigkeit des politischen Systems, sich mit neuen wirtschaftspolitischen Lösungsvorschlägen auf ökonomische Herausforderungen einzustellen. Föderalismus könnte mit seiner dezentralen Leistungserstellung und -finanzierung politische Innovationen begünstigen und somit die Wirtschaftsaktivität im Raum fördern. Die dezentrale staatliche Ausgabenpolitik müsste dabei in ihrer konkreten Ausgestaltung als Infrastruktur- oder Humankapitalinvestition und

im Zusammenspiel mit Innovationen von Unternehmen erfolgen. Eine Modellierung des Zusammenhangs von privaten Innovationen und der staatlichen Politik findet in den bisherigen Studien jedoch nicht statt. Ein weiterführender Schritt in zukünftigen Studien wären daher eine genauere theoretische und ökonometrische Modellierung regionaler Innovationsprozesse und des Einflusses der staatlichen Politik darauf. Ausgangspunkt einer solchen Betrachtung könnte ein auf der New Economic Geography basierendes endogenes Wachstumsmodell sein, das das Zusammenspiel von politischen und privatwirtschaftlichen Innovationen darzustellen erlaubt. Die Modellierung politischer Innovationen, die bisher von der Ökonomie vernachlässigt wurde, ist dabei von erheblicher Bedeutung.

Sowohl der Grad der Einnahmen- als auch der Ausgabendezentralisierung dürften in diesem Zusammenhang zu grobe Maße für die Erfassung der Autonomie nachgeordneter Gebietskörperschaften sein. Im Mittelpunkt der theoretischen Überlegungen steht die Möglichkeit, die Politik auf regionale oder lokale Bedürfnisse zuschneiden zu können. Die oben genannten Maße sind jedoch problematisch, da damit die tatsächlichen Entscheidungskompetenzen der nachgeordneten Gebietskörperschaften in Finanzfragen nicht notwendigerweise erfasst werden. So haben etwa Mexiko und Argentinien, gemessen am Anteil der Mittelebene an den gesamten Staatsausgaben, einen relativ dezentralisierten Staatsaufbau. Die Gebietskörperschaften der mittleren Ebene sind jedoch im Wesentlichen von Transfers der Bundesebene abhängig, die darüber hinaus noch nach politischer Opportunität vergeben werden (Feld 2003). Manche Ausgabenprogramme werden lediglich dezentral verwaltet, ohne den nachgeordneten Gebietskörperschaften irgendwelche Entscheidungskompetenzen zu belassen. Für 154 Länder unterscheidet Treisman (2002a) daher neben der fiskalischen Dezentralisierung verschiedene weitere Ausprägungen, etwa die Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung und die Autonomie bei der Ernennung oder Wahl von dezentralen Entscheidungsträgern.

Nahezu allen empirischen Studien ist aber gemein, dass sie den Grad des fiskalischen Föderalismus im Wesentlichen am Anteil der nachgeordneten Gebietskörperschaften an den gesamten Staatsausgaben oder -einnahmen bzw. den Grad der Zentralisierung der Staatsaktivität am Anteil der Zentralebene an den gesamten Staatsausgaben oder -einnahmen messen. Ebel und Yilmaz (2002) greifen obige Kritik auf und ermitteln unter Berücksichtigung der Entscheidungskompetenzen nachgeordneter Gebietskörperschaften in der Steuerpolitik für sechs Transitionsländer und drei Jahre einen eher positiven Einfluss des föderativen Staatsaufbaus auf die wirtschaftliche Entwicklung. Ihre Stichprobe ist allerdings viel zu klein, um verlässliche Ergebnisse zu erhalten. Akai und Sakata (2002) stellen keinen Einfluss der Einnahmenautonomie auf das Wirtschaftswachstum der US-Bundesstaaten fest. Dieses Resultat hängt möglicherweise mit der geringen Varianz der gewählten Autonomiegrößen über die Zeit und dem Querschnitt der Bundesstaaten zusammen. Lin und Liu (2000) verweisen hingegen auf einen positiven Zusammenhang einer erhöhten Einnahmenautonomie und Budgetverantwortlichkeit der chinesischen Provinzen mit dem Wirtschaftswachstum. Gerade im Hinblick auf den Vergleich zwischen verschiedenen Staaten erscheint eine genauere Berücksichtigung der tatsächlichen Autonomie nachgeordneter Gebietskörperschaften in Zukunft daher sinnvoll.

Frappierend sind die in Abschnitt 3 berichteten gegenläufigen empirischen Ergebnisse für Entwicklungs- und Transitionsländer. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass der Dezentralisierungsprozess dort zu sehr heterogenen Ergebnissen führt und in vielen dieser Länder alles andere als ein Schritt hin zu marktsicherndem Föderalismus im Sinne Weingasts

(1995) darstellt. In ihrer Kritik gehen Rodden und Rose-Ackerman (1997) darauf ein, dass lokalen Interessengruppen durch eine Dezentralisierung der Staatstätigkeit die Möglichkeit gegeben wird, wettbewerbsbeschränkende Politiken durchzusetzen und damit ökonomische Renten abzuschöpfen. Bardhan und Mookherjee (2000) sowie Bardhan (2002) verweisen darauf, dass bei Dezentralisierungsprozessen zwischen den möglichen Gewinnen aufgrund des interjurisdiktionellen Wettbewerbs und den möglichen Verlusten aufgrund eines leichteren Zugangs lokal konzentrierter Interessengruppen zu den politischen Entscheidungsträgern abzuwägen ist. Brueckner (2000) verbindet dieses Rentenstreben lokaler Interessengruppen sogar mit Korruption. Dezentralisierung in Entwicklungsländern erhöhe die Korruption, da dann zusätzliche Entscheidungsträger bestochen werden müssten. Treisman (2001) relativiert diese Sicht, wenn er auf die Korruptionsanfälligkeit der zentralstaatlichen Regierung verweist. So kann die Dezentralisierung eines korrupten Regimes sich zwar darin äußern, dass korrumpierbare Beamte nun auch lokal die Hand aufhalten, während die Regierung auf Zentralebene weiter bedient werden muss. Dezentralisierung kann aber auch über den horizontalen Wettbewerb zwischen Regionen und lokalen Gebietskörperschaften lokale Renten wegkonkurrieren, während die Korruption auf der Zentralebene bestehen bleibt. Auch hier ist die empirische Evidenz gemischt. Fisman und Gatti (2002) legen Evidenz für einen Querschnitt von 55 Ländern vor, gemäß der Dezentralisierung zu weniger Korruption führt. Treisman (2002b) legt dazu die gegenläufige Evidenz für bis zu 166 Länder vor.

Weingasts (1995) Argument, Föderalismus diene als glaubhafte Zusicherung einer starken Zentralregierung, spezifische Investitionen nicht (teilweise) zu konfiszieren, beruht auf der Annahme, dass diese Regierung tatsächlich in der Lage ist, Verfügungsrechte durchzusetzen. In vielen Entwicklungs- und Transitionsländern ist dies nicht der Fall. Die in Abschnitt 2 dargelegten Gründe, die für einen positiven Zusammenhang zwischen Föderalismus bzw. Dezentralisierung und Wirtschaftswachstum sprechen, dürften vornehmlich in demokratischen Staaten mit einer hinreichenden Erfahrung mit rechtsstaatlichen Arrangements gültig sein. In Entwicklungs- und Transitionsländern müssen rechtsstaatliche und demokratische Traditionen erst noch entstehen, so dass sich die Vorteile einer Dezentralisierung nicht entfalten können. Verschlimmert wird die Situation dort häufig noch durch ethnische Konflikte und mögliche Sezessionsbestrebungen mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Fiskalische Föderalisierung mit der zugehörigen Autonomie kann friedensfördernd, aber auch sezessionsverstärkend wirken (Treisman 1999). Aufgrund der sehr unsicheren politisch-institutionellen Verhältnisse in Entwicklungs- und Transitionsländern erscheint es daher ratsam, den Einfluss des Föderalismus auf das Wirtschaftswachstum vor allem in Hocheinkommensländern zu untersuchen.

Gerade in Hocheinkommensländern kann es jedoch keinesfalls genügen, lediglich auf den Ausgaben- oder Einnahmenanteil nachgeordneter Gebietskörperschaften an den gesamten Staatsausgaben oder -einnahmen zu rekurrieren. Die Föderalstaaten in der OECD sind institutionell unterschiedlich ausgestaltet. Die Schweiz, Kanada und die USA neigen eher zu einem wettbewerbsföderalistischen Modell, wenn auch manches Element des kooperativen Föderalismus dort eine Rolle spielt. Deutschland, Australien und Österreich neigen eher einem kooperativen Föderalismus zu und schalten den Wettbewerb zwischen nachgeordneten Gebietskörperschaften in unterschiedlichem Maße aus. Von Bedeutung ist dann nicht mehr die Unterscheidung in mehr oder weniger dezentralisierte Systeme, sondern die tatsächliche Autonomie nachgeordneter Gebietskörperschaften in der Finanzpolitik sowie das Ausmaß an Steuer- und Ausgabenwettbewerb, der Grad der Ausnutzung von Skalener-

trägen in der Bereitstellung öffentlicher Güter und die Ausgestaltung verschiedener Instrumente des Finanzausgleichs. Es sind die einzelnen Instrumente des Föderalismus, deren wirtschaftliche Auswirkungen näher zu untersuchen sind. Beschränkt sich die Untersuchung auf Hocheinkommensländer, so muss eine Reihe von ökonometrischen Schwierigkeiten beachtet werden. Die Anzahl der infrage kommenden OECD-Länder ist zu gering, um valide Ergebnisse in einer Querschnittsanalyse zu erzielen. Ähnliches gilt für die Stichprobe der deutschen Bundesländer und die Schweizer Kantone, aber auch für die US-Bundesstaaten, geschweige denn für die österreichischen Länder, kanadischen Provinzen oder australischen Bundesstaaten und Territorien. Lediglich Panelstudien erlauben somit eine valide Schätzung des Einflusses des Föderalismus auf das Wirtschaftswachstum in einem endogenen Wachstumsmodell unter Berücksichtigung der einschlägigen Kontrollvariablen.

5 Schlussbemerkungen und zukünftiges Forschungsdesign

Ob Föderalismus tatsächlich zu mehr Wirtschaftswachstum führt, etwa weil eine regional zugeschnittene Finanz- und Wirtschaftspolitik regional konzentrierten Agglomerationsprozessen aufhilft oder weil interjurisdiktioneller Wettbewerb zu mehr politischer Innovation führt oder weil Wettbewerbsföderalismus politökonomische Verzerrungen reduziert, muss offen bleiben. Die in diesem Beitrag im Überblick vorgestellte empirische Evidenz vermag keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen höherer Dezentralisierung der Staatstätigkeit und Wirtschaftswachstum zu belegen. Die bisherigen Studien legen es nahe, sich dieser Fragestellung systematisch zu nähern und dabei Folgendes zu beachten:

1. Lediglich auf Basis endogener Wachstumsmodelle, in denen der räumliche Prozess wirtschaftlicher Agglomerationsbildung explizit berücksichtigt wird, lassen sich Rückschlüsse auf den Zusammenhang zwischen Föderalismus und Wachstum ziehen.
2. Aufgrund der besonderen Problematik in Entwicklungs- und Transitionsländern ist es notwendig, die empirische Analyse auf Hocheinkommensländer zu beschränken.
3. Dies macht es erforderlich, Panelanalysen für eine Stichprobe der OECD-Länder oder für die Regionen einzelner OECD-Länder, wie der Schweiz oder Deutschland, durchzuführen.
4. Der Dezentralisierungsgrad sollte nicht durch den Anteil der nachgeordneten Gebietskörperschaften an den gesamten Staatsausgaben oder -einnahmen gemessen werden. Notwendig erscheint es vielmehr, die Unterschiede in der tatsächlichen Autonomie zwischen Gebietskörperschaften zu messen. Darüber hinaus ist eine Betrachtung der verschiedenen Instrumente des kooperativen Föderalismus und des Wettbewerbsföderalismus (wie des Finanzausgleichs oder des Steuerwettbewerbs) sinnvoll.

Die gegenwärtige Diskussion in Deutschland, aber auch in anderen föderativen und unitarischen Staaten erfordert eine eingehende Betrachtung der Vorteilhaftigkeit des Föderalismus bzw. der fiskalischen Dezentralisierung. Letztlich kommt es darauf an, welche Instrumente des Föderalismus über welche Transmissionsmechanismen zur wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen auf welche Weise beitragen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Literaturverzeichnis

- Akai, N. und M. Sakata (2002): Fiscal Decentralization Contributes to Economic Growth: Evidence from State-Level Cross-Section Data for the United States. *Journal of Urban Economics*, 52, 93–108.
- Baldwin, R. E. und P. Krugman (2000): *Agglomeration, Integration and Tax Harmonization*. Unveröffentlichtes Manuskript. Graduate Institute of International Studies. Genf.
- Bardhan, P. (2002): Decentralization of Governance and Development. *Journal of Economic Perspectives*, 16 (4), 185–205.
- Bardhan, P. und D. Mookherjee (2000): Capture and Governance at Local and National Levels. *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 90, 135–139.
- Behnisch, A., T. Büttner und D. Stegarescu (2002): Public Sector Centralization and Productivity Growth: Reviewing the German Experience. ZEW Discussion Paper No. 02-03. Mannheim.
- Berry, F. S. und W. D. Berry (1990): State Lottery Adoptions as Policy Innovations: An Event History Analysis. *American Political Science Review*, 84, 395–415.
- Berthold, N., S. Drews und E. Thode (2001): Die föderale Ordnung in Deutschland – Motor oder Bremse des wirtschaftlichen Wachstums? Discussion Paper No. 42. Universität Würzburg.
- Besley, T. und A. C. Case (1995): Incumbent Behavior: Vote-Seeking, Tax-Setting, and Yardstick Competition. *American Economic Review*, 85, 25–45.
- Besley, T. und S. Coate (2003): Centralized versus Decentralized Provision of Local Public Goods: A Political Economy Analysis. *Journal of Public Economics* (im Erscheinen).
- Blankart, C. B. und D. C. Mueller (2002): Alternativen der parlamentarischen Demokratie. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 3, 1–21.
- Brakman, S., H. Garretsen und C. van Marrewijk (2002): Locational Competition and Agglomeration: The Role of Government Spending. CESifo Working Paper No. 775. München.
- Brennan, G. und J. M. Buchanan (1980): *The Power to Tax*. Cambridge.
- Brueckner, J. K. (2000): Fiscal Decentralization in Developing Countries: The Effects of Local Corruption and Tax Evasion. *Annals of Economics and Finance*, 1, 1–18.
- Davoodi, H. und H. Zou (1998): Fiscal Decentralization and Economic Growth: A Cross-Country Study. *Journal of Urban Economics*, 43, 244–257.
- Dillinger, W. (1994): *Decentralization and Its Implications for Urban Service Delivery*. Washington, D. C.
- Döring, T. (2002): *Räumliche Externalitäten von Wissen und Konsequenzen für die Ausgestaltung des Finanzausgleichs*. Beitrag zum ARL-Arbeitskreis „Räumliche Aspekte des föderativen Systems“. Manuskript (im Druck). Hannover.
- Döring, T. (2003): *Räumliche Wissens-Spillovers und regionales Wirtschaftswachstum*. *Stand der Forschung und wirtschaftspolitische Implikationen* (zur Veröffentlichung angenommen bei Schmollers Jahrbuch).
- Ebel, R. D. und S. Yilmaz (2002): *On the Measurement and Impact of Fiscal Decentralization*. Unveröffentlichtes Manuskript, World Bank. Washington, D. C.
- Enikolopov, R. und E. Zhuravskaya (2003): *Decentralization and Political Institutions*. CEPR Discussion Paper No. 3857. London.
- Feld, L. P. (2000): *Steuerwettbewerb und seine Auswirkungen auf Allokation und Distribution: Ein Überblick und eine empirische Analyse für die Schweiz*. Tübingen.
- Feld, L. P. (2002): Steuerwettbewerb in der Schweiz – Kein Auslaufmodell! In: U. Wagschal und H. Rentsch (Hrsg.): *Der Preis des Föderalismus*. Zürich, 151–175.

- Feld, L. P. (2003): Fiscal Federalism and Political Decision Structures: In: R. Blindenbacher und A. Koller (Hrsg.): *Federalism in a Changing World – Learning from Each Other: Scientific Background, Proceedings and Plenaries of the International Conference on Federalism 2002*. Montreal, 461–470.
- Feld, L. P. und G. Kirchgässner (2001): Vor- und Nachteile des internationalen Steuerwettbewerbs. In: W. Müller, O. Fromm und B. Hansjürgens (Hrsg.): *Regeln für den europäischen Systemwettbewerb: Steuern und soziale Sicherungssysteme*. Marburg, 21–51.
- Feld, L. P. und G. Kirchgässner (2003): *Compétition fiscale, redistribution et convergence régionale: l'expérience de la Suisse*. Unveröffentlichtes Manuskript. Universität St. Gallen.
- Feld, L. P. und F. Schneider (2002): Zum Wandel des föderalistischen Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsspektrums: Österreich und die Schweiz im Vergleich. In: E. Theurl, H. Winner und R. Sausgruber (Hrsg.): *Kompendium der österreichischen Finanzpolitik*. Berlin, 675–703.
- Feld, L. P., J.-M. Josselin und Y. Rocaboy (2003): Yardstick Competition: A Theoretical Model and an Empirical Analysis for French Regions. Erscheint in: A. Marciano und J.-M. Josselin (Hrsg.): *From Economic to Legal Competition: New Perspectives on Law and Institutions in Europe*. Cheltenham.
- Fisman, R. und R. Gatti (2002): Decentralization and Corruption: Evidence across Countries. *Journal of Public Economics*, 83, 325–345.
- Fujita, M. et al. (2000): *The Spatial Economy*. Cambridge und London.
- Gray, V. (1973): Innovation in the States: A Diffusion Study. *American Political Science Review*, 67, 1174–1185.
- Jin, H., Y. Qian und B. R. Weingast (1999): Regional Decentralization and Fiscal Incentives: Federalism, Chinese Style. Unveröffentlichtes Manuskript. Stanford University.
- Kind, H. J., K. H. M. Knarvik und G. Schjelderup (2000): Competing for Capital in a Lumpy World. *Journal of Public Economics*, 78, 253–274.
- Kotsogiannis, C. und R. Schwager (2001): *Policy Uncertainty and Policy Innovation*. Mimeo. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Mannheim.
- Krugman, P. (1991): Increasing Returns and Economic Geography. *Journal of Political Economy*, 3, 483–499.
- Krugman, P. (1999): The Role of Geography in Development. *International Regional Science Review*, 22, 142–161.
- Lin, J. Y. und Z. Liu (2000): Fiscal Decentralization and Economic Growth in China. *Economic Development and Cultural Change*, 49, 1–23.
- Ludema, R. D. und I. Wooton (2000): Economic Geography and the Fiscal Effects of Economic Integration. *Journal of International Economics*, 52, 331–357.
- Martinez-Vazquez, J. und R. M. McNab (2002): Cross-Country Evidence on the Relationship between Fiscal Decentralization, Inflation, and Growth. In: National Tax Association (Hrsg.), *Proceedings of the 94th Annual Conference on Taxation 2001*. Washington, D. C., 42–47.
- Mayntz, R. (1995): Föderalismus und die Gesellschaft der Gegenwart. In: K. Bentele, B. Reissert und R. Schettkat (Hrsg.): *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften*. Frankfurt a. M., 131–144.
- Nice, D. C. (1994): *Policy Innovation in State Government*. Ames.
- Oates, W. E. (1999): An Essay on Fiscal Federalism. *Journal of Economic Literature*, 37, 1120–1149.
- Ottaviano, G. I. P. und J.-F. Thisse (2003): *Agglomeration and Economic Geography*. CEPR Discussion Paper No. 3838. London.

- Qiao, B., Martinez-Vazquez, J. und Y. Xu (2002): *Growth and Equity Trade-off in Decentralization Policy: China's Experience*. Working Paper 02-16. Georgia State University, International Studies Programm. Georgia.
- Richter, W. F. (1994): The Efficient Allocation of Local Public Factors in Tiebout's Tradition. *Regional Science and Urban Economics*, 24, 323–340.
- Rodden, J. und S. Rose-Ackerman (1997): Does Federalism Preserve Markets? *Virginia Law Review*, 83, 1521–1572.
- Rodrik, D., A. Subramanian und F. Trebbi (2002): *Institutions Rule: The Primacy of Institutions over Geography and Integration in Economic Development*. NBER Working Paper No. 9305. Cambridge.
- Salmon, P. (1987): Decentralization as an Incentive Scheme. *Oxford Review of Economic Policy*, 3 (2), 24–43.
- Scharpf, F. W. (1988): The Joint-Decision Trap: Lessons from German Federalism and European Integration. *Public Administration*, 66, 239–278.
- Scharpf, F. W., B. Reissert und F. Schnabel (1976): *Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*. Kronberg/Ts.
- Schnellenbach, J. (2003): The Evolution of a Fiscal Constitution When Individuals Are Theoretically Uncertain. Erscheint in: *European Journal of Law and Economics*.
- Strumpf, K. S. (2002): Does Government Decentralization Increase Policy Innovation? *Journal of Public Economic Theory*, 4, 207–241.
- Thierstein, A., C. Abegg, O. Crévoisier, L. P. Feld, M. Schuler, F. Ratti und J. Ruegg (2003): *Räumliche Unterschiede der Steuerbelastung und regionale Wettbewerbsfähigkeit/Les différences spatiales des charges fiscales et compétitivité régionale*. Forschungsbericht der Schweizerischen Studiengesellschaft für Raumordnung und Regionalpolitik (ROREP)/ Société Suisse d'études pour l'organisation de l'espace et la politique régionale (OEPR). Zürich.
- Thießen, U. (2003): Fiscal Decentralization and Economic Growth in High Income OECD Countries. Erscheint in: *Fiscal Studies*.
- Tiebout, C. M. (1956): A Pure Theory of Local Expenditures. *Journal of Political Economy*, 64, 416–424.
- Treisman, D. (1999): Political Decentralization and Economic Reform: A Game-Theoretic Reform. *American Journal of Political Science*, 43, 488–517.
- Treisman, D. (2001): *Corruption, Fiscal Incentives, and Output in Federal States: On the Neutrality of Fiscal Decentralization*. Unveröffentlichtes Manuskript. Los Angeles, UCLA.
- Treisman, D. (2002a): *Defining and Measuring Decentralization: A Global Perspective*. Unveröffentlichtes Manuskript. Los Angeles, UCLA.
- Treisman, D. (2002b): *Decentralization and the Quality of Government*. Unveröffentlichtes Manuskript. Los Angeles, UCLA.
- Walker, J. L. (1969): The Diffusion of Innovation among the American States. *American Political Science Review*, 63, 880–899.
- Weingast, B. R. (1995): The Economic Role of Political Institutions: Market-Preserving Federalism and Economic Development. *Journal of Law, Economics and Organisation*, 11, 1–31.
- Wellisch, D. (2000): *Theory of Public Finance in a Federal State*. Cambridge.
- Wilson, J. D. (1999): Theories of Tax Competition. *National Tax Journal*, 52, 269–304.
- Wilson, J. D. und D. E. Wildasin (2003): Tax Competition: Bane or Boon? Erscheint in: *Journal of Public Economics*.

- Woller, G. M. und K. Phillips (1998): Fiscal Decentralization and LDC Economic Growth: An Empirical Investigation. *Journal of Development Studies*, 34, 139–148.
- Xie, D., H. Zou und H. Davoodi (1999): Fiscal Decentralization and Economic Growth in the United States. *Journal of Urban Economics*, 45, 228–239.
- Yilmaz, S. (2000): The Impact of Fiscal Decentralization on Macroeconomic Performance. In: National Tax Association (Hrsg): *Proceedings of the 92nd Annual Conference on Taxation 1999*. Washington, D. C., 251–260.
- Zhang, T. und H. Zou (1998): Fiscal Decentralization, Public Spending, and Economic Growth. *Journal of Public Economics*, 67, 221–240.
- Zimmermann, H. (1990): Fiscal Federalism and Regional Growth. In: R. J. Bennett (Hrsg.): *Decentralization, Local Governments, and Markets: Towards a Post-Welfare Agenda*. Oxford, 245–264.
- Zimmermann, H. (2002): Fiscal Federalism and National Growth. *Economic Review of Tokyo University*. Tokio, 189–200.